

Elektronische Gesundheitskarte

Das wird teuer für die Ärzte

Ein Jahr später als geplant sind jetzt die ersten elektronischen Gesundheitskarten ausgegeben worden. Nach wie vor unklar sind die Kosten für eines der größten IT-Projekte der Welt. Nach einer geheim gehaltenen Studie der Betreibergesellschaft gematik (Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte) werden die niedergelassenen Ärzte in den ersten fünf Jahren nach Einführung der E-Card rund 1,4 Milliarden Euro draufzahlen.

— Der Start für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte erfolgte am 11. Dezember in der Praxis der Flensburger Allgemeinärztin Dr. Ingeborg Kreuz, die auch stellvertretende Vorsitzende der KV Schleswig-Holstein ist. Seitdem testen in der Region Flensburg und in der sächsischen Region Löbau-Zittau jeweils 25 niedergelassene Haus- und Fachärzte in ihren Praxen die elektronische Gesundheitskarte. Schrittweise kommen in den Testregionen jeweils zwei Krankenhäuser und später auch fünf Apotheken hinzu. In den beiden Modellregionen haben jeweils 10 000 ausgewählte Versicherte die neue Krankenversichertenkarte bekommen, die sich äußerlich durch ein Passbild ihres Besitzers von der herkömmlichen Chipkarte unterscheidet. Ansonsten funktioniert die E-Card vorerst nicht anders als die bisherige Krankenversicherungskarte.

Zurzeit können die Karten noch nichts Neues

Getestet wird zunächst der reibungslose Parallelbetrieb von alter und neuer Karte, was eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ist. Im Frühjahr 2007 sollen dann schrittweise zusätzliche Funktionen hinzugeschaltet werden, darunter zunächst das elektronische Rezept. Wenn das funktioniert, sollen im ersten Halbjahr weitere Test-



Eine Patientin aus Flensburg zeigt ihre neue Gesundheitskarte.

regionen folgen. In Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Baden-Württemberg könnten dann bereits jeweils 100 000 Versicherte mit der elektronischen Gesundheitskarte ausgestattet werden. Wenn alles glattgeht, sollen bis Ende 2009 alle 82 Millionen gesetzlich und privat Versicherten in Deutschland die elektronische Gesundheitskarte in Händen halten.

Künftig sollen auf der Karte auch eine ganze Reihe sensibler Daten gespeichert werden. Damit sollen die behandelnden Ärzte in Praxis und Klinik einen raschen Überblick über den Gesundheitszustand eines Patienten bekommen. Ziel ist es, unnötige Doppeluntersuchungen und damit Kosten zu vermeiden.

In der Anfangsphase können die Ärzte noch keine Eintragungen auf der Karte vornehmen. Dafür bräuchten sie als Autorisierung einen elektronischen Heilberufe-Ausweis, der frühestens im ersten Halbjahr 2007 eingeführt wird. Welche Einträge auf der Karte vorgenommen werden und wer dazu Zugang bekommen soll, darüber entscheidet letztendlich der Patient. Darauf haben die Datenschützer bestanden.

Unterschiedliche Kostenbewertung

Nach wie vor umstritten ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis der elektronischen Gesundheitskarte. Während das Bundesgesundheitsministerium offiziell davon ausgeht, dass die E-Card etwa 1,4 Milliarden Euro kosten wird, kommen Experten zu weitaus höheren Kosten. So gibt es eine geheim gehaltene „Kosten-Nutzen-Analyse“ der Düsseldorfer Beratungsfirma Booz-Allen-Hamilton, die im Auftrag der Betreibergesellschaft gematik erstellt und im November vom „Chaos Computer Club“ ins Netz gestellt wurde. Danach werden die Einführung der E-Card und der Aufbau einer entsprechenden IT-Infrastruktur etwa 3,9 Milliarden Euro und im ungünstigsten Fall bis zu sieben Milliarden Euro kosten.

Nach der knapp 300 Seiten umfassenden Studie kommt auf die niedergelassenen Vertragsärzte durch die Einführung der E-Card in den ersten fünf Jahren ein „Nettoverlust“ von rund 1,4 Milliarden Euro zu. Grund hierfür sind vor allem die Ausgaben für Geräte und deren Wartung sowie für Personalschulung. Einen „Nutzen“ haben die Ärzte ohnehin kaum. Deshalb fällt die Bilanz negativ aus. Zu den Gewinnern gehören dagegen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen. Für die Krankenhäuser lohnen sich nach dieser Studie die Investitionen frühestens nach zehn Jahren.

JÜRGEN STOSCHER ■